

Maria Behrens, Rita Casale, Janina Urban

Postwachstum und Bildung des Gemeinsamen

Dokumentation des Tracks auf dem NRW-Dialogforum 2017

23. - 24. November 2017, Lindner Congress Hotel Düsseldorf

1. Motivation des Tracks

Zentrales Hindernis einer sozial-ökologischen Transformation ist die reine Orientierung gesellschaftlichen Wohlstands am BIP. Das marktzentrierte Wachstumsparadigma hat nicht nur unternehmerisches Handeln und Politik durchdrungen, sondern prägt mittlerweile auch das gesellschaftliche wie individuelle Denken. In Formulierungen wie „there is no alternative“ (TINA) wird suggeriert, dass es keine Alternativen zu den Gesetzen der Weltwirtschaft gebe.

Der sich seit einigen Jahren formierende Diskurs über eine Postwachstumsökonomie enthält das Potential eines alternativen Entwurfes. Den verschiedenen Varianten des Postwachstumsdiskurses, der von Green Economy bis Degrowth reicht, ist die Einsicht gemeinsam, dass die marktradikale Ideologie nicht geteilt wird und Alternativen aufgezeigt werden müssen. Beim Diskursstrang Green Economy wird zwar das Wachstumsparadigma nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber vor dem Hintergrund klimatischer Herausforderung sowie begrenzter fossiler Ressourcen eine Umstellung auf ressourcenschonende Produktion gefordert. Der Degrowth-Diskursstrang geht dem gegenüber davon aus, dass eine solche Umstellung nicht ausreichend ist. Zur Begrenzung des Klimawandels scheint es vielmehr unabdingbar zu sein, sich ganz vom Wachstumsparadigma zu verabschieden und nach alternativen Formen eines gemeinwohlorientierten Wirtschaftens wie sharing economy, urban gardening und farming, open-data oder Civic Tech Projekte zu suchen. Die zentrale Frage ist aber, ob ein Postwach-

tum ohne soziale Gerechtigkeit überhaupt realistisch ist und wie in der Öffentlichkeit vermittelt werden kann, dass Postwachstum kein Verlust an Wohlstand bedeuten muss, sondern im Gegenteil eine höhere Lebensqualität beinhalten kann.

Die Subsumierung der gesamten Gesellschaft unter das Diktat des Mehrwerts betrifft auch das Bildungssystem und die damit verbundene Form der Wissensvermittlung und der Wissensproduktion. Die gegenwärtige Auffassung von Bildung als Kompetenz entspricht diesem Prozess und resultiert aus einem neuen Wissensverständnis, das auf eine ökonomische und zugleich psychologische Matrix zurückzuführen ist. An der Stelle einer geschichtsphilosophisch und sozialwissenschaftlich orientierten Form von Allgemeinbildung ist eine Operationalisierung von wissenschaftlicher Rationalität eingetreten, die Wissen als Humankapital d.h. als eine Ressource begreift, welche der Einzelne zu seiner ökonomischen Aufwertung zu optimieren hat.

Die Möglichkeit, diesen Transformationsprozess zu begreifen, wird von den Veranstalterinnen darin gesehen, auf den klassischen Bildungsbegriff zurückzugreifen und ihn unter Berücksichtigung postmoderner kultureller und epistemologischer Veränderungen weiter zu entwickeln. Bezeichnete Bildung in der neuhumanistischen Tradition, die Fähigkeit das Allgemeine mit dem Besonderen zu vermitteln, kann eine gegenwärtige Reaktualisierung des Bildungsbegriffs die postmoderne Frag-

mentierung des Wissens nicht ignorieren. Gedacht werden soll ein Bildungsbegriff, der ausgehend von den in der Gesellschaft diffus verbreiteten Modi der Kritik an einer selbstreferentiellen Logik ökonomischen Wachstums, in der Lage sein soll, das Fragmentierte zusammen zu denken, zu komponieren. Die damit angestrebte kritische Entwicklung soll als der Übergang von einer liberalen Bildung des Allgemeinen zu einer demokratischen Bildung des Gemeinsamen gedacht werden.

2. Postwachstum und Entwicklung

Der Beitrag von Daniel Deimling führt in eine ökologische Perspektivierung der Postwachstumsdebatte und der damit verbundenen Form der Kritik ein. In einem aktuellen Beitrag in der Fachzeitschrift *Nature* wurde berechnet, dass die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad Celsius nur noch eine 5 prozentige Wahrscheinlichkeit hätte. Szenarios von 3,5 bis 4 Grad seien wahrscheinlicher und würden große Teile des Planeten unbewohnbar machen. Außerdem erinnerte der letzte Oxfam Bericht *„An economy for the one percent“* an die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen weltweit. 4 von 5 Menschen wünschten sich einer Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge hingegen eine fairere und ökologische Wirtschaftsordnung.

Die gesellschaftlich kritische Lage allerdings am Wirtschaftswachstum festzumachen, sei die falsche Stoßrichtung, gibt Rainer Land zu bedenken. Man müsse vielmehr nach der Veränderung von Strukturen fragen. Neue Produkte und Verfahren müssten eingeführt werden und das Selektionsprinzip sollte die Umweltkompatibilität sein. Für jede natürliche Ressource sollte es eine öffentlich-rechtlich verfasste Ökokapitalgesellschaft geben, von der die Privaten Nutzungsrechte kaufen müssten. Weiterhin müsste über eine europäische Investitionsbank der grüne Umbau finanziert werden, etwa in der Höhe von mehreren 100 Milliarden Euro pro Jahr in der EU.

Auch Reinhold Rünker stimmt der Notwendigkeit einer gesteigerten Investitionstätigkeit und der Umstellung von Verfahren zu. Ein Großteil der Investitionen in die industrielle Produktion sei noch in den 1970er Jahren getätigt worden. Das Design und die Produktion von Gütern müssten aus der Lebenszyklusperspektive betrachtet werden und das Motto *upcycle, reuse* und *rethink* sein. Die Möglichkeiten der additiven Fertigung und des modularen Designs seien aktuell noch kaum vorstellbar, könnten sich aber sehr positiv auf den Ressourceneinsatz und die regionale Wirtschaftsstruktur auswirken. In Nordrhein-Westfalen gebe es bereits viele interessante Modellregionen, die Konzepte der zirkulären Wertschöpfung umsetzen.

Auf internationaler Ebene sei das Paris-Abkommen von 2015 ein wichtiger Meilenstein für die Eindämmung des Klimawandels, führt Timo Karl weiter aus. Die Verhandlungen waren in den vergangenen Jahren immer wieder an der Koalitionsbildung einiger Großemittenten, wie etwa der USA mit Japan und Kanada sowie dem Bestehen auf das Recht auf Wachstum von Ländern wie China und Indien gescheitert. Das Motto sei nun die gemeinsame aber unterschiedliche Verantwortung. Da es sich bei dem Abkommen allerdings nicht um einen Vertrag handele, sei seine Effektivität alles andere als gesichert.

Die Diskussion der Beiträge wirft zwei Streitfragen auf. Zum einen, ob eine Umorientierung in Richtung Effektivität und Umweltkompatibilität innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems überhaupt möglich sei, ganz zu schweigen von einer Umverteilung der Ressourcen. Zum anderen, welche Unternehmensformen eine Wende in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation befördern würden. Das übermäßige Wachstum der Finanzwirtschaft und der Einzug der Shareholder-Value-Orientierung stünden einer ökologisch und sozial gerechteren Wirtschaft entgegen, ist sich ein Großteil der Teilnehmer_innen einig. Daniel Deimling zeigt auf, dass vor allem börsennotierte Unternehmen die Zielgröße der Gewinn*optimierung* verfolgten, während es in anderen Unternehmen nur um eine Gewinnerzielung gehe, die Platz für weitere, soziale und ökologische Ziele lasse. Kleinere Unternehmen hätten ohne die zwingende Veröffentlichung eines Quartalsberichts viel mehr Freiheiten Technologien zu entwickeln und auszuprobieren, merkt Reinhold Rünker an. Die Entscheidung von Unternehmer_innen nicht zu wachsen setze dabei gemeinwohlorientierte Potentiale frei, legt wiederum Daniel Deimling dar, indem Forschung und Produktionsprozesse zum Beispiel bewusst mit anderen Unternehmen geteilt und Produkte mit möglichst langer Haltbarkeit produziert würden. Der Ort ‚Arbeit‘ könne auch für die politische Bildung genutzt werden, wenn dort Weiterbildung und die Diskussion über aktuelle gesellschaftspolitische Themen ermöglicht werden. Aber nicht immer müsse eine explizite Nachhaltigkeitsorientierung die Triebfeder der Geschäftstätigkeit sein. Einige Beitragende weisen auf Fälle hin, wo eine ökologische Orientierung ein Wettbewerbsvorteil darstellte, oder auch eher patriarchal führende Unternehmer_innen den Nutzen von guter Mitarbeiterbindung erkannt hätten.

3. Die Rolle der Wissenschaft und Bildung in der wirtschaftlichen Entwicklung

Ausgangspunkt der Diskussion über die Orte der Bildung eines Gemeinsamen ist der Film ‚Besondere Geschwister‘, der Teile eines Projekts unter der Leitung von Katharina Walckhoff zeigt. Besondere Geschwister sind Kinder und Jugendliche, deren Geschwister eine Behinderung oder eine lebensbedrohliche Krankheit haben. Sie sollten sich unter anderem ausmalen, wie ihre Stadt gestaltet sein muss, damit sie und ihre Familien sich darin wohl fühlen würden und welche beruflichen Zukunftsperspektiven es für sie selbst gebe. In der Diskussion entsteht die Frage, ob das Erzeugen solcher Utopien die Kinder und Jugendlichen nicht eher entmündigt, wenn nicht auf systemische Probleme wie die derzeit noch vorhandene Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von Behinderung, Herkunft oder Geschlecht hingewiesen wird, oder auf schwierigere Bildungs- und Arbeitsperspektiven der Geschwisterkinder. Der Konstruktivismus, der Veränderungspotential allein bei den Ideen ansiedelt, habe im Bildungsbereich zu teils fragwürdigen pädagogischen Konzepten geführt, kritisiert Rita Casale. Wie könne man es aber schaffen, Kraft gegenüber den Machtapparaten zu entwickeln? Andere Teilnehmer_innen merken hingegen an, dass es gut sei, positive Zukunftsvisionen zu entwerfen. Es wird vorgeschlagen ein Fach ‚Zukunft‘ in der Schule einzuführen, damit der Zukunft mit Ideen anstelle von Angst begegnet werden könne. Kontrovers steht auch die Frage im Raum, inwieweit man Individuen vermitteln solle, dass manche Dinge außerhalb ihrer Verantwortung stünden, um ihnen Last von den Schultern zu nehmen. Hierzu brauche es mehr Orte zur Bildung des Gemeinsamen, in denen dies vermittelt werde.

Das Vertrauen in die Volkswirtschaftslehre, einen positiven Beitrag zu einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Welt zu leisten, ist schon seit vielen Jahren nicht mehr gegeben, führt Christoph Gran aus. Die meisten Modelle, die auch in der Politikberatung genutzt werden, bildeten Umwelt nicht ab. Ein Grund für das Gefühl, dass der Staat zunehmend die Kontrolle über die wirtschaftliche Entwicklung verliere, was demokratiefeindliche Tendenzen befördere, sei möglicherweise auch in der Engstirnigkeit der aktuellen Volkswirtschaftslehre zu finden. Er plädiert deshalb für die Entwicklung eines akademischen Feldes ‚ökologische Makroökonomik‘, in dem in Dialogprozessen mit Politik und Zivilgesellschaft zum Beispiel über die Bedeutung von anderen Wohlstandsindikatoren sowie über die Notwendigkeit einer pluralen ökonomischen Bildung in Universitäten und Schulen gesprochen werde. Auf die Nachfrage, ob nicht gerade die Fixierung auf Indikatoren das Problem

sei, antwortet Gran, dass die Entwicklung von passenden Indikatoren ein gesellschaftlicher Suchprozess sein solle, in dem Bereiche als notwendig und weniger notwendig neu definiert und entsprechend ausgestattet werden sollten.

Auf Bereiche, die aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung häufig herausfallen, die aber die Gesellschaft zusammenhalten und erneuern, geht Anna Butzin genauer ein. Mit ihrer Mitautorin, Judith Terstriep, hat sie analysiert, welche Praktiken und Geschäftsmodelle es an der Schnittstelle von sozialen Innovationen und der solidarischen Ökonomie gibt, um Möglichkeiten ihrer (Be-)Förderung zu eruieren. Denn aus zahlreichen Fallstudien wurde deutlich, dass Initiativen in diesem Bereich meist nur eine geringe Anschubfinanzierung für die Aufrechterhaltung und/oder Verbreitung ihrer Ideen benötigen würden, aber häufig sprachliche und ideelle Barrieren zu Geldgeber_innen bestünden. Eine weitere Studie mit 1.005 internationalen Fallbeispielen zeige, dass soziale Innovationen zu 46,4% aus dem NGO-Bereich, zu 45,5% aus öffentlichen Einrichtungen und zu 37,1% aus privaten Unternehmen hervorgingen. Der Anteil aus Forschung und Bildung liege hingegen nur bei 15,2%. Man könne also fast sagen, dass während Unternehmen von der Universitätsforschung und ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen profitierten, dies für die Gesellschaft, in der Schaffung immaterieller Güter, nicht der Fall ist.

4. Die Bedeutung von Sprache im Diskurs für gesellschaftliche Weiterentwicklung

Ein wiederkehrendes Element in allen Diskussionen ist die Bedeutung von Sprache für die Konzeption und Gestaltung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Alternativen.

So deutete Reinhold Rünker darauf hin, dass das Konzept der *circular economy* keineswegs mit Kreislaufwirtschaft übersetzt werden solle, da hier eher der Gedanke an die Müllverwertung in den Kopf komme. Vielmehr solle der Design- und Konstruktionsmoment deutlich werden – was besser durch das Wort ‚zirkuläre Wertschöpfung‘ beschrieben wäre.

Einige Teilnehmer_innen hinterfragen die Benutzung des Begriffes ‚Ökokapitalismus‘, den Rainer Land für sein Konzept für die Regulierung von Naturressourcen gewählt hatte. Warum erlaubt man es sich nicht, einen anderen Begriff hierfür zu finden, der über die Grenze des Kapitalismus als ökonomisches und kulturelles Modell hinausgeht, fragt Rita Casale.

Auch die Auffassung, dass es in Verhandlungen mit Banken sinnvoll sei, bei sozialen, gesellschaftlichen oder ökologischen Initiativen von ‚Geschäftsmodellen‘ zu sprechen, wird

kritisch beleuchtet. Man gebe zu viel von seinem Wissen und von seiner Semantik her. Anstelle von ‚Geschäftsmodell‘ könne man vielleicht eher von ‚Gabewesen‘ sprechen. Politischer Pragmatismus erweise sich hingegen auf lange Sicht als lähmend, und ähnlich so, wenn angewandte Forschung reine Anpassungsforschung bleibe. Die gemeinsame Arbeit an der Semantik solle dazu dienen, Sachverhältnisse präziser in ihrer Komplexität begrifflich zu erschließen und zugleich Phantasien, Sehnsüchte, konkrete aber verdrängte Möglichkeiten anzusprechen.

Katharina Walckhoff bestätigt die Analyse, dass Sprache eine Dimension sei, die etwas Absolutes hätte. Allerdings sei das Bestehen auf die eigene Semantik häufig auch eine Sackgasse. So sei der linke Diskurs im letzten Jahrhundert hängen geblieben und verhindere die Erneuerung der Bewegungen. Sie schlug vor, dass Wissenschaft in zivilgesellschaftlichen und politischen Räumen helfen solle, weder in die Falle des Pragmatismus, noch in die des Einschlusses zu tappen, um Denkräume offen zu halten. Reinhold Rünker betont, dass auch die Politik helfen solle, solche Räume für Kommunikation zu öffnen.

5. Fazit

Die in der Gesellschaft existierende Form der Fragmentierung spiegelt sich in einem gewissen Sinn in der Gestaltung und Diskussion des Tracks wider. Man hat Zeit gebraucht, um die Fäden zusammen zu führen und die formulierte Kritik am Wachstum gemeinsam begrifflich zu verdichten. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, neue Formen der Kritik und der sprachlichen Artikulation zu denken und zu praktizieren, welche die materiellen, symbolischen und imaginären Grenzen des Globalkapitalismus sichtbar machen.

Über die Trackverantwortlichen

Prof. Dr. Maria Behrens - für Internationale Beziehungen und Vergleichende Politikwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal.

Prof. Dr. Rita Casale - Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft/Theorie der Bildung an der Bergischen Universität Wuppertal.

Janina Urban - Wissenschaftliche Referentin für "Neues ökonomisches Denken" am Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW).

Impressum

Herausgeber: FGW - Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.), Kronenstraße 62, 40217 Düsseldorf, Telefon: 0211 99450080, E-Mail: info@fgw-nrw.de, www.fgw-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Prof. Dr. Dirk Messner

Förderung: Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Design/Layout: Olivia Mackowiak (FGW)

www.nrw-dialogforum.de
